

LEITARTIKEL

Für eine schnellere, smartere Nato

Taktfrequenzen und Terabytes könnten schon bald über Krieg oder Frieden entscheiden

Die Nachrichten von meinem Tod sind stark übertrieben“, erklärte Mark Twain süffisant im Jahr 1897. Damals war in den USA das Gerücht aufgekomen, der ameri-



MATTHIAS KOCH
ksta-politik@
dumont.de

kanische Schriftsteller, vorübergehend nach London gereist, sei gestorben. Ähnlich ironisch könnte sich heute die Nato äußern. Gemessen daran, dass Emmanuel Macron vor zwei Jahren sogar schon mal ihren „Hirntod“ verkündet hatte, wirkt das Bündnis verblüffend vital.

Ist nun schlagartig alles wieder gut, nur weil neuerdings Joe Biden im Weißen Haus sitzt? Emotional zumindest dreht sich jetzt viel. Noch beim letzten Gipfel sagte der damalige US-Präsident Donald Trump am Allerheiligsten der Allianz, der Bestandsgarantie nach Artikel 5 des Nato-Vertrags. Jetzt gibt es Signale des Zusammenrückens und gegenseitiger Wertschätzung. Schon eine Woche vor dem

„Ist nun mit Joe Biden schlagartig alles wieder gut?“

Gipfel war Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg zu vorbereitenden Gesprächen ins Weiße Haus gebeten worden.

Auf substantielle Neuerungen allerdings wartet die Nato nun noch. In Brüssel wird auf Analysen und Empfehlungen im Papier „Nato 2030“ verwiesen, das eine sogenannte Reflexionsgruppe schon im November 2020 vorgelegt hatte. Die Richtung stimmt, kritikwürdig allerdings sind die Jahreszahlen. Die Nato darf nicht zwischen Bestandsaufnahme und Reaktion ein gan-

zes Jahrzehnt verstreichen lassen. Strategisch, technologisch und auch weltpolitisch steht das Bündnis vor Herausforderungen wie noch nie. Ob es sie bewältigen kann, hängt nicht zuletzt vom Tempo ab.

Wladimir Putin prahlte im Jahr 2018, Russland habe jetzt erstmals „unaufhaltsame“ Waffen entwickelt, gegen die der Westen nichts ausrichten könne. Dazu zählten Hyperschallraketen und Unterwasserdrohnen mit Nuklearsprengköpfen. Wie steht es inzwischen um die Abwehrmöglichkeiten gegenüber diesen Systemen? Taktfrequenzen und Terabytes könnten schon bald über Krieg oder Frieden entscheiden. Deshalb muss die Nato unter anderem die Nutzung von Quantencomputern und Künstlicher Intelligenz vortreiben, jetzt und nicht irgendwann.

Wir brauchen eine schnellere, smartere Nato. Wer nur stumpf auf Ausgaben in Höhe von zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts pocht, kann vor lauter Zahlenhuberei das technologisch Entscheidende aus dem Auge verlieren. Technologisch werden die Karten gerade neu gemischt, darin liegen Chancen und Risiken zugleich. Über die oft verteuerten autonomen militärischen Systeme muss neu gesprochen werden. Viele, die eben noch eine Automatisierung des Krieges beklagt hatten, blickten im nächsten Moment bewundernd auf Israels „Iron Dome“, der Raketen in gigantischer Zahl vom Himmel holte – und damit letztlich aus einer Eskalation des Gaza-Kriegs vorbeugte. Was genau braucht die Nato in diesen neuen Zeiten? Diese Debatten sind überfällig. Sie müssen jetzt geführt werden, nicht erst 2030.

KOMMENTAR

Maximale Verwirrung

Über die Maskenpflicht wird heftig debattiert

Wieder einmal sorgt Jens Spahn für maximale Verwirrung. Diesmal bei der Maskenpflicht. Der Bundesgesundheitsminister hat mit seinem Vorschlag zu deren Aufhebung eine Debatte ausgelöst, an der sich nun wirklich jeder beteiligen kann, weil man sich unter seinem „abgestuften Verfahren“ und einer „vorsichtigen Herangehensweise“ so ziemlich alles vorstellen kann. Etwas Konkretes hat er nicht zu bieten.



PETER BERGER
peter.berger@
dumont.de

Masken fallen lassen. SPD-Gesundheitsexperte Karl Lauterbach, der am Wochenende die Forderungen nach einem Ende der Maskenpflicht noch kritisiert hat, bevor ein großer Teil der Bevölkerung geimpft ist, hält sie am Montag draußen für überflüssig – bis auf Großveranstaltungen. Hessens Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU) fordert ein bundeseinheitliches Vorgehen, sein niedersächsischer Kollege Stefan Weil (SPD) warnt, die Pandemie sei noch nicht vorbei.

Zu allem sagt NRW-Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann (CDU), er könne sich bei den derzeitigen Infektionszahlen vorstellen, die Aufhebung der Maskenpflicht zur Debatte zu stellen. Was ja bereits geschehen war. Klarheit? Fehlanzeige!



Heiko Sakurai

INTERVIEW

„Lange nichts so Perfides gesehen“

Ethikerin über ein Anzeigenmotiv und antisemitische Klischees

Frau Ammicht Quinn, einem Anzeigenmotiv der „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ (INSM), das die Grünen-Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock als neuen Moses mit Gesetzestafeln zeigt, wird Antisemitismus vorgeworfen. Zu Recht?

Ein politischer Meinungsstreit, der natürlich legitim ist, wird hier auf die Ebene des Religiösen gezogen, und zwar ganz explizit mit der Aussage: „Wir brauchen keine Staatsreligion.“ Das tut weder der Politik noch der Religion gut – und auch nicht der Ethik. „Religion“ wird hier mit Irrationalität, autoritärem Denken und Unfreiheit verbunden.

Allesamt Motive der klassischen Religionskritik, etwa im 19. Jahrhundert.

Das ist richtig. Aber im Kontext der Anzeige funktioniert das Ganze nur, indem tiefstehende antireligiöse und spezifisch antisemitische Affekte bedient werden. In Bezug auf das Judentum werden hier zwei altbekannte Klischees bemüht: Das Judentum, so das erste Klischee, ist eine rigide, starre, unwandelbare Verbots-Religion; das Judentum, so das zweite Klischee, ist gefährlich, weil dessen unsichtbare Macht auf mysteriöse Weise so weit reicht, dass es sogar den Staat übernehmen kann, wenn man es nicht rechtzeitig daran hindert. Das ist Antisemitismus in Reinform. Ich muss sagen, in einem angeblich demokratischen Diskurs habe ich schon lange nicht mehr so etwas Problematisches und auch Perfides gesehen.

Aber die „Zehn Gebote“ und „Moses“ gehören doch bildlich wie sprachlich untrennbar zusammen – und sind obendrein auch zentraler Teil der christlichen Tradition.

Nur mutieren die Gebote unter der Hand zu zehn Verboten, und mit diesen Verboten („Du darfst nicht fliegen“ oder „Du darfst deine Arbeitsverhältnisse nicht selbst aushandeln“) entsteht der Gegensatz zwischen „Wir“ und den „anderen“. Der Satz „Warum wir keine Staatsreligion brauchen“, ist in diesem Kontext völlig eindeutig: Es gibt ein konstruiertes, einnehmendes „Wir“, das durch Ausgrenzung Angst schürt – hier die Angst vor der Beschneidung persönlicher Freiheiten und einem bestimmten Lebensstil. Das ist Populismus pur. Donald Trump war darin Meister: Man unterstellt jemandem – hier der Grünen-Vorsitzenden – etwas, was sie nie gesagt hat, und verschleiert dabei, dass man damit nur die eigenen Interessen schützt. In diesem Fall bedient man sich dafür antisemitischer Klischees und Ressentiments. Erst recht bemerkenswert ist es dann, wie dieses „Wir“ von einem Tag auf den anderen die Seiten wechselt und nun selbst vermeintliche Antisemitismen aufspürt und anprangert.

Sie meinen die Reaktionen auf eine Videobotschaft der Publizistin Carolin Emcke auf dem Grünen-Parteitag?

CDU-Generalsekretär Paul Ziemiak hat danach von einer „un glaublichen Entgleisung“ gesprochen, weil Emcke angeblich Klimaforscher mit verfolgten Juden verglichen habe. Auch „Qualitätsmedien“ haben dies übernommen. Damit soll nicht nur erneut Baerbock und ihrer Partei geschadet werden, auf deren Einladung Emcke sich zu Wort gemeldet hat. Es soll vielmehr auch

die Integrität einer Person wie Emcke beschädigt werden, die wir in den aktuellen Debatten dringend brauchen.

Sagte sie: „Die radikale Wissenschaftsfeindlichkeit, die zynische Ausbeutung sozialer Unsicherheit, die populistische Mobilisierung und die Bereitschaft zu Ressentiment und Gewalt werden bleiben. Es wird sicher wieder von Elite gesprochen werden. Und vermutlich werden es dann nicht die Juden und Kosmopoliten, nicht die Feministinnen und die Virologinnen sein, vor denen gewarnt wird, sondern die Klimaforscherinnen.“

Sie sieht hier eine weitere Aufheizung und gesellschaftliche Zersplitterung im Wahlkampf aufziehen mit einer Stimmung, in der die Themen und Ziele von Ressentiments, verbalen Attacken und Empörungsanfällen praktisch austauschbar sind. Es entbehrt nicht einer bitteren Ironie, dass sie selbst zum Opfer dessen geworden ist, wovor sie warnt. Inhaltlich verbindet sie das mit der Mahnung, sich um einer lebhaften Zukunft willen den Herausforderungen der Klimakrise jetzt zu stellen und zudem eine breite zivilgesellschaftliche Anstrengung „gegen den Hass“ zu unternehmen.

Ist die Aufzählung von den Juden über Feministen und Virologen bis hin zu den Klimaforschern angemessen?

Anders als es ihr unterstellt wurde, geht es Emcke in diesem Kontext nicht um den Holocaust. Die Behauptung, sie vergleiche Holocaust und Klimaschutz, ist völlig absurd. Es geht darum, dass Menschen jüdischen Glaubens etwa im Raum sozialer Medien mit Hass, Gewalt und Empörung konfrontiert werden, wenn sie sich zu Wort melden. Mit ihnen als den Gefährdeten beginnt Emcke ihre Reihe. Sie benennt Gruppen von Menschen, über die es demokratiefördernde Vorurteile gab und noch gibt, und warnt, dass es ähnliche Vorurteile über Klimaforscher gibt und geben wird. Solche Vorurteile blockieren nötige Diskussion, zum Nachteil nicht nur kommender Generationen. Es handelt sich nicht um eine Auflistung, sondern eher um eine präzise Warnung, die – wie die Kritik an ihrer Rede zeigt – notwendig war und ist.

Das Gespräch führte
Joachim Frank

Regina Ammicht Quinn, geb. 1957, ist Professorin für Ethik und Co-Sprecherin des Internationalen Zentrums für Ethik in den Wissenschaften (IZEW) der Universität Tübingen.



Das Anzeigenmotiv der „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ (Ausschnitt)

PRESSESCHAU

Die G7-Staaten wollen China nicht länger tatenlos zusehen

de Volkskrant

AMSTERDAM Kein Land war auf dem Gipfel der G7 so präsent wie das Land, das nicht dabei war: China. Unter der Leitung von US-Präsident Joe Biden versuchten die sieben Länder sich auf eine Strategie zu einigen, um die wachsende wirtschaftliche und politische Macht des autokratischen Landes einzudämmen. Er möchte auch, dass die westlichen Länder moralische Vorbilder für andere sind. Während Trump über europäische Länder schimpfte, zeigt Biden Bereitschaft, mit ihnen zusammenzuarbeiten.

Süddeutsche Zeitung

BERLIN China wird als derart bedrohlich wahrgenommen, dass ein offenes Wort über den Rivalen um jeden Preis im Kreis der Teilnehmer bleiben musste. Die chinesische Antwort servierte ein niedrigrangiger Diplomat: Die Zeiten seien vorbei, in denen eine kleine Gruppe von Ländern das Schicksal der Welt bestimmte. Da stehen sie sich also gegenüber: Die 'kleine Gruppe von Ländern' und das große China. Retten wir zuerst unseren Wohlstand, oder retten wir das demokratische System?

Frankfurter Allgemeine

Die von Joe Biden angeregte Investitionsoffensive in ärmeren Ländern ist das vielleicht wichtigste Ergebnis dieses G-7-Gipfels. Sie signalisiert, dass man China nicht länger tatenlos zusehen will, wie es immer mehr Länder in seine Einflusszone zieht. Unterschiede im Umgang mit Peking - Merkel hob die „kooperative Verbundenheit“ mit China hervor - bleiben unberührbar. Und doch ist Biden seinem Ziel einen Schritt näher gekommen, die Zusammenarbeit demokratischer Staaten in Abgrenzung zu China zu stärken.

Kölner Stadt-Anzeiger

KÖLNISCHE ZEITUNG

Herausgeber: Prof. Alfred Neven DuMont & Christian DuMont Schütte, Isabella Neven DuMont.
Chefredakteur: Carsten Fiedler.
Stellvertreter: Lutz Feierabend, Dr. Sarah Brasack.
Head of Digital: Martin Dowideit.
Leitender Redakteur: Wolfgang Wagner (Politik).
Chefkorrespondent: Joachim Frank.
Köln: Christian Hümmeler (Leitender Redakteur); **Landeskorrespondenten:** Gerhard Voogt (Leitender Redakteur), Frank Olbert (Bildung); **Newsteam:** Kendra Stenzel; **NRW-Story:** Claudia Lehnen; **Wirtschaft:** Thorsten Breikopf; **Sport:** Christian Löer; **Kultur:** Anne Burgher; **Magazin:** Eva Fiedler, Jenny Meysner; **Chefreporter:** Peter Berger, Detlef Schmalenberg, Karlheinz Wagner; **Art Director:** Nikolas Janitzki; **Produktion:** Klaus Schröder; **Regiodesk:** Michael Greuel, Christine Badke. Alle verantwortlich und wohnhaft in Köln.

Hauptstadtbüro: Eva Quadbeck (Ltg.); RND Berlin GmbH, GF: Marco Fenske.
Auslandsvertretungen: Paris: Birgit Holzer; London: Katrin Pribly; Washington: Karl Doemens; Brüssel: Damir Fras; Madrid: Martin Dahms; Athen: Gerd Höhler; Istanbul/Nikosia: Frank Nordhausen; Johannesburg: Johannes Dieterich.
Nachrichtenagenturen: dpa, afp, sid, kna
E-Mail Redaktion: ksta-redaktion@dumont.de; Fax Redaktion: 0221/2242524.
Verlag: M. DuMont Schauberg - Expedition der Kölnischen Zeitung GmbH & CoKG, 50590 Köln, Neven DuMont-Haus, oder Amsterdamer Straße 192, 50735 Köln. Postbank Köln, IBAN: DE90 3701 0050 0000 2505 05.
Verlagsgeschäftsführer: Mirco Striewski, Karsten Hundhausen (Mediaverkauf).
Leiterin Vertrieb: Birgit Rollesbroich.

Das Bezugsgehalt enthält 7 % Mehrwertsteuer. Freitags mit Prisma, TV-Magazin zur Zeitung. Gültige Anzeigenpreisliste Nr. 23 vom 1. Januar 2021 und unsere Allgemeinen und Zusätzlichen Geschäftsbedingungen. Erfüllungsort und Gerichtsstand, soweit gesetzlich zulässig, ist Köln. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr.

Druck: DuMont Druck Köln GmbH & Co. KG. Für die Herstellung des Kölner Stadt-Anzeiger wird Recycling-Papier verwendet.

Abonnement-Service
Tel. 0221 / 92586420, Fax 0221 / 224-23 32
E-Mail: abo-kundenservice.koeln@dumont.de

Anzeigen-Service
Tel. 0221 / 92586410, Fax 0221 / 224-24 91
E-Mail: anzeigen.koeln@dumont.de

Diese Zeitung wird unter Verwendung von Google-Fonts hergestellt.
Kölner Stadt-Anzeiger online: www.ksta.de